

603/J

## DRINGLICHE ANFRAGE

des Abgeordneten Dkfm. Holger , - Bauer

an den Bundesminister- für- Arbeit und Soziales

betreffend steigende Arbeitslosigkeit und weiter Zuwanderung von Ausländern nach Österreich

In der Regierungserklärung vom 13. Mai. 1996 hat der Bundeskanzler zutreffend ausgeführt, daß die Arbeitslosigkeit wieder zu einem der drängenden Probleme der Gesellschaft werde. Eines der ganz großen Ziele der Bundesregierung sei es, den Standort Österreich auszubauen und die Beschäftigung zu sichern. Österreich habe hochqualifizierte Arbeitskräfte und verfüge über viel Kreativität, Einsatz und Fleiß, deshalb hab die Bundesregierung eine Offensive für Wachstum und Beschäftigung ins Leben gerufen.

Von diesem angekündigten Bestreben ist bisher nichts zu merken. Viel mehr zeigen die weiter steigenden Arbeitslosenzahlen, daß die Bundesregierung bei ihrem Versprechen, die Vollbeschäftigung in Österreich wiederherzustellen, kläglich versagt hat:

Die Arbeitslosigkeit hat im Februar 1996 mit rund 294.000 betroffenen Personen und einer

Arbeitslosenquote von 9 % einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit

beträgt auch im Monat März 1996 gegenüber dem Vorjahr bei den inländischen Arbeitslosen 13,8 %

bei den ausländischen Arbeitslosen 28,1 %. Dem steht eine Zahl von rund 274.000 beschäftigten Ausländern

in Österreich gegenüber.

Die Arbeitslosenzahlen werden nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung, sondern auch von Steuerungseffekten staatlicher Regelungen beeinflusst. Gerade wenn die Situation auf dem Arbeitsmarkt schwieriger wird, müssen deshalb die staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen darauf überprüft werden, ob sie die Arbeitslosigkeit begünstigende Fehlsteuerung enthalten. In den Bereichen des Fremdenrechtes und der Ausländerbeschäftigung ist eine Änderung der derzeitigen Rahmenbedingungen dringend notwendig.

auf dem Arbeitsmarkt schwieriger wird, müssen deshalb die staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen darauf überprüft werden, ob sie die Arbeitslosigkeit begünstigende Fehlsteuerung enthalten. In den Bereichen des Fremdenrechtes und der Ausländerbeschäftigung ist eine Änderung der derzeitigen Rahmenbedingungen dringend notwendig.

Auf dem Arbeitsmarkt bedeutet eine hohe Arbeitslosenrate einen deutlichen Überhang an Arbeitsuchenden.

jede Maßnahme, die geeignet ist, Mitbewerber von diesem Markt fernzuhalten, ist daher grundsätzlich geeignet, die Arbeitslosigkeit zu senken.

Aus diesem Grunde ist der Bundesminister für Arbeit und Soziales nach § 12b Abs 1 des Ausländerbeschäftigungsgesetz verpflichtet, jährlich die zweiseitigen festgelegten Höchstzahlen für das Jahr 1996 festzusetzen. Für 1996 Ende März 1996 überschritten, so etwa im März 1996 die Höchstzahl für das Jahr 1996 überschritten. Es wa 263.000 festgelegt. Laut der vom Arbeitsmarktservice Österreich herausgegebenen Statistik wird diese

10. Welche weiteren Belastungen sind für den österreichischen Arbeitsmarkt der nächsten Zeit aufgrund der Zuwanderungszahlen der türkischen Staatsangehörigen insbesondere, Daß nun ein „Lohn-Dumping“ bei weiterer Zuwanderung zu erwarten ist?

Erschwerend kommt hinzu, daß aufgrund des jüngst bekanntgewordenen Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes vom 2. Mai 1996 etwa 40.000 türkische Staatsangehörige diese Erkenntnisses Maßnahmen zum Aufenthalt EU-Bürgern gleichgestellt sind und daher keine Aufenthaltsgenehmigung mehr benötigen. Es erscheint im Sinne des Schutzes inländischer Arbeitskräfte daher eine Reduktion der Höchstzahlen der Ausländerbeschäftigung dringend erforderlich. Wie hoch ist die derzeitige Anzahl der Ausländerbeschäftigten in Österreich? Wie hoch ist die Höchstzahl vorschüssig festgesetzter Ausländerbeschäftigung in Österreich? Wie beurteilen Sie die Belastungen für den österreichischen Arbeitsmarkt durch die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern und damit eine erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes zu erzielen.

12. Wie beurteilen Sie die Belastungen für den österreichischen Arbeitsmarkt durch die Rückkehr in die Heimat bei den in Österreich aufhältigen Kriegsflüchtlingen aus Bosnien entstanden sind?

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende Fragen:

14. Um wieviele Personen handelt es sich hierbei und welche Rechtsgrundlage?

## DRINGLICHE ANFRAGE

1. Wie hat sich der österreichische Arbeitsmarkt in den letzten fünf Jahren hinsichtlich
- Beschäftigung von In- und Ausländern
  - der vorgemerkten arbeitslosen In- und Ausländern
  - der gemeldeten offenen Stellen
- entwickelt?
2. Wie viele ausländische Arbeitskräfte wurden in Österreich im März 1996 beschäftigt, die keine Arbeitsbewilligung benötigen (z.B.: EWR- Staatsangehörige)?
3. Wie viele ausländische Arbeitskräfte, die keine Arbeitsbewilligung benötigen, waren im März 1996 arbeitslos?
4. Warum wird die Bundeshöchstzahl laufend überschritten, etwa Ende März 1996 um 11.000?
5. Warum wurden die Landeshöchstzahlen mit 205.500 festgelegt, wenn sie in der Folge laufend, z.B.: im März 1996 um 55 % überschritten haben?
6. Wie beurteilen Sie aus der Sicht des österreichischen Arbeitsmarktes den jüngsten Vorschlag von Innenminister Dr. Einem, wonach bei Angehörigen von Ausländern die Bewilligungspflicht entfallen sollte?
7. Welches Arbeitspotenzial würde nach diesen Vorstellungen den österreichischen Arbeitsmarkt zusätzlich belasten?
8. Wie beurteilen Sie aus der Sicht des österreichischen Arbeitsmarktes die Auswirkungen des Erkenntnisses des VwGH bezüglich der Gleichstellung türkischer Staatsangehöriger mit EU-Bürgern?
9. Wie hoch ist die Anzahl von türkischen Staatsangehörigen, auf welche jenes Einkommen des VwGH Anwendung findet?
15. Werden Sie Maßnahmen setzen, um die Rückführung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien durch das Friedensabkommens von Dayton zu begünstigen bzw. zu erleichtern?
16. Werden Sie dafür Mittel der Arbeitsmarktverwaltung oder anderer Stellen bereitstellen?
17. Welche Maßnahmen werde Sie setzen, um den Zug von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien zu stoppen, solange die österreichische Arbeitslosenquote über dem EU-Niveau behält?
18. Werden Sie dafür eintreten, auch jene ausländischen Arbeitskräfte, die keine Arbeitsbewilligung benötigen, in die Bundesbeschäftigung zu integrieren?
19. Liegen Ihre Berechnungen bzw. Schätzungen vor, wie sich der Arbeitsmarkt durch die Rückführung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien auswirken wird? Wenn ja, welche diesbezügliche Zahlen liegen Ihnen vor? Wenn nein, warum nicht?
20. Liegen Ihnen Berechnungen bzw. Schätzungen vor, welche Auswirkungen die Rückführung der Kriegsflüchtlinge auf den folgenden Familien nachzuges in den folgenden Bereichen haben werden?
- \* Kindergartenplätze
  - \* Pflichtschulplätze
  - \* Berufsschulplätze
  - \* Mitversicherung für Ehegatten bzw. Kinder
21. In ca. 20 Jahren wird der Ausländeranteil von derzeit 4 % auf 20 % ansteigen. In welchem Ausmaß wird dadurch das Pensionssystem belastet?
- In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des Art. 18 Abs. 1 Z. 1 lit. a) der Bundesverfassung im frühestmöglichen Zeitpunkt dringlich zu behandeln.

Wien, am 22. Mai 1996

